

# GRAPHISCHE PRESSE

Nr 48, 31. Jahrg.

29. Novbr. 1918

**ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHE U. VERW. BERUFE.**

**Abonnement.** Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1,50 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Westpostvereins 2 Mk.

## Redaktion:

Adolf Domnick, Berlin N 24, Elsaßstr. 86-88<sup>III</sup>. Redaktionsschluss: Montag. Telefon: Amt Norden 4268. Verlag: Otto Silller, Berlin N 24. Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheideitz, Augustastr. 8-9.

**Insertion.** Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 50 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 25 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten.

## Inhalt:

**Hauptteil:** Seid gegrüßt in der Heimat! Revolutionäres Vertrauen. Rundschau. Ein Stück sozialer Revolution. Erwerbslosen Fürsorge. Die Vertreter der Vorstände der Gewerkschaften. . . — **Allgemeines:** Der achtstündige Arbeitstag. — **Die Tapetenbranche:** Aufruf an alle Formstecher Deutschlands! — **Graphische Technik:** Das Tauschieren und Ätzen der Metalle. — **Anzeigen.**

## Revolutionäres Vertrauen!

In dem neuen Berliner Organ der Unabhängigen, der „Freiheit“ brachte vor einigen Tagen der Genosse Hilferding einen Aufsatz, den wir für wertvoll genug halten, um ihn auch unsern Kollegen zur Kenntnis zu geben. Da Hilferding als tiefgründiger Volkswirtschaftler allgemein geachtet ist, so glauben wir, werden seine Ausführungen für Gewerkschafter viel Belehrendes bieten. Die Frage: ob Diktatur des Proletariats oder Konstituante berührt letzten Endes auch die rechtlichen Grundlagen der gewerkschaftlichen Organisation. Die Redaktion.

In herrlichem Anlauf haben Deutschlands Arbeiter und Soldaten die politische Macht erobert und halten sie in festen Händen. Jetzt gilt es, sie zu behaupten und zu gebrauchen zur Durchsetzung der proletarischen Ziele: der Erringung der vollen Demokratie und der Vergesellschaftung der Produktionsmittel.

Das Ziel wollen wir alle; welcher Weg führt dahin?

Bis zur russischen Revolution gab es keine Zweifel: Eroberung der politischen Macht, Erringung der uneingeschränkten Demokratie, auf deren Boden der Sozialismus zur Durchführung gelangt. Denn die proletarische Revolution ist nach dem Wort von Marx die Revolution der ungeheuren Mehrheit im Interesse der ungeheuren Mehrheit.

Die russische Revolution ging einen anderen Weg.

Im Anfang zwar war die Forderung der allrussischen Konstituante die Forderung aller revolutionären Parteien. Als aber die Bolschewiki sahen, daß sie in der Konstituante nur eine Minderheit waren, sprengten sie die Versammlung und proklamierten die Fortdauer der Diktatur der Arbeiter- und Soldatenräte. Dem ersten Schritt folgten mit unentrinnbarer Konsequenz die weiteren: alle anderen Parteien, Gruppen und Schichten wurden der politischen Rechte entkleidet, und als der Gewalt Gewalt antwortete, begann die Herrschaft des Terrors und die Proklamierung des Bürgerkrieges.

Aus der Praxis entsprang die Theorie: die Ablehnung der Demokratie und die These, daß nur die terroristische Diktatur der Sowjets die Verwirklichung des Sozialismus herbeiführen könne.

Theorien, Ideologien entspringen aus den ökonomischen Verhältnissen. Die Ablehnung der Demokratie, die Auffassung, daß nur die bewaffnete Gewalt der Sowjets die bürgerliche Gesellschaft zur sozialistischen wandeln könne, entsprang der ökonomischen Rückständigkeit des russischen Agrarstaats, in dessen gewaltigen Grenzen das industrielle Proletariat eine verschwindende Minderheit darstellte. Aus der ungeheuren Not des russischen Sozialismus, gegen dessen politische Macht die Zurückgebliebenheit der ökonomischen Verhältnisse rebellierte, wurde so die Tugend der terroristischen Diktatur gemacht.

Wir urteilen hier nicht darüber, wir konstatieren nur. Ist das deutsche Proletariat in gleicher Not?

Deutschland ist das ökonomisch fortgeschrittenste Land Europas. Die entscheidenden Industriezweige sind in Kartellen und Trusts organisiert, zur Vergesellschaftung reif. Das industrielle Proletariat bildet die Mehrheit des Volkes, es ist in unaufhörlicher Aufklärungsarbeit in den Gedankengängen des Sozialismus geschult. Jetzt hat es seine Macht erprobt und ist zum Bewußtsein seiner unwiderstehlichen Kraft erwacht. Kann wirklich jemand zweifeln, daß dieses Proletariat in dieser historischen Situation nach dem katastrophalen Zusammenbruch der herrschenden Mächte im Wahlkampf besiegt werden kann? Nur kleinstmütiges Zweifeln, nur Mangel an revolutionärem Vertrauen in proletarische Kraft und geschichtliche Notwendigkeit kann die Fragen bejahen.

## Seid gegrüßt in der Heimat!

Der letzte Schuss an der Front ist endlich verhallt. Ihr Kollegen, die Ihr nun erlöst seid aus den mörderischen Klauen der Kriegshölle, kehrt in die Familie, in die Arbeitsstätte zurück, Dankbaren Herzens für Eure unberechenbaren Opfer heissen wir Euch herzlich willkommen. Wohl haben wir mit den wenigen Kräften, die noch oder schon wieder zu Haus sein durften, alles versucht, Euch eine blühende Organisation und gesicherte Arbeitsverhältnisse aufweisen zu können. Manches ist uns gelungen, doch unserem Gewissen und Pflichtgefühl Euch gegenüber konnte es niemals genügen. So warteten wir sehnsüchtig auf Eure Rückkehr. Die furchtbare militärische Niederlage hat die Verhältnisse noch verschlimmert. Anstatt Ruhe, Glück und Erholung erwartet Euch nunmehr Arbeit und Kampf in Hülle und Fülle. Doch wir wissen, dass wir nicht vergebens auf Eure Mithilfe warten. Helft uns wieder wie einst an der wirtschaftlichen Zukunft der Kollegen mitzuwirken, schliesst die Reihen der Kollegen; nur jetzt nicht zaudern, wo von den nächsten Wochen alles abhängt! Das Morden ist zu Ende, nun beginnt der bessere, der geistige Kampf, da erwarten wir alle Mitarbeit. Mit diesem Wunsche heissen wir Euch nochmals herzlich willkommen!

Unbeschränkte Fortdauer der Diktatur der Räte bedeutet Ausschließung aller anderen Schichten vor der politischen Mitbestimmung. Kann man glauben, daß diese Kreise sich das widerstandslos gefallen ließen? Der Widerstand müßte gewaltsam unterdrückt werden, die Gewalt würde neue Gewalt erzeugen. Deshalb sagt der, der zeitlich unbeschränkte Diktatur verlangt, auch zugleich Terror und Bürgerkrieg. Nicht daß er den Terror will, aber dem Terror antwortet die Aufhebung des Terrorierten. Terror ist dann ehernes Muß. Die demokratische Entscheidung dagegen wird unwiderstehlich sein.

Es ist die tiefe Tragik des Sozialismus, daß er in dem Augenblick zur Macht gelangt, in dem seine Verwirklichung die größten Schwierigkeiten findet. Sozialismus bedeutet auch möglichst große Steigerung der Produktion, möglichst reiche Befriedigung aller Bedürfnisse. Der furchtbare Krieg hat die Länder ausgeblutet, die Menschen vermindert und verelendet, uns der Rohstoffe beraubt, den Produktionsapparat ruiniert. Ungeheuer schwere Arbeit ist zu leisten nur zum Wider-

aufbau der Produktion. Glaubt jemand, daß diese Arbeit geleistet werden kann, während der Terror herrscht und der Bürgerkrieg wütet? Nein, das Interesse des Sozialismus fordert gebieterisch die Bestätigung unserer Herrschaft durch die Mehrheit des Volkes, vor der alle Widerstände niedersinken werden! Wir sind überzeugt, daß die demokratische Methode, die wir von je vertreten haben, die notwendige und zum Ziele führende ist. Aber selbst, wenn wir wollten, könnten wir die Einberufung der Nationalversammlung verhindern?

Das russische Proletariat gelangte ohne jeden Übergang vom zaristischen Despotismus zur proletarischen Diktatur; die Massen des russischen Volkes waren, von den industriellen Zentren abgesehen, von jeder politischen Bewegung fast unberührt. In Deutschland aber kämpfen die Arbeitermassen seit Jahrzehnten um die Erringung der Demokratie, sind sie von der Überzeugung erfüllt, daß die Demokratie auch die Erfüllung des Sozialismus bringen muß. Es hieße, jede Psychologie außer acht lassen, zu meinen, daß sich die Abkehr von der Demokratie vollziehen lasse, ohne starke Widerstände in der Arbeiterklasse selbst zu erwecken. Statt die Arbeiterklasse unter dem siegreichen roten Banner zu sammeln, würden wir sie spalten, würden wir unsere Macht mindern, statt sie zu mehren und zu sammeln zum letzten entscheidenden, unwiderstehlichen Angriff! Aus Mangel an Vertrauen in unsere revolutionäre Kraft würden wir unsere Kraft zerstören!

Und wir wären zu schwach, die Einberufung der Nationalversammlung zu hindern, wir hätten nur die Zweifelnden und Indifferenten abgestoßen und die Entscheidung der Demokratie, auf die wir sonst sicher vertrauen könnten, würde gegen uns ausfallen.

Aber diejenigen, die uns einräumen, daß eine sozialistische Mehrheit der Nationalversammlung gewiß sei, haben noch einen Einwand. Sie sind vom Mißtrauen erfüllt gegen den Mehrheitssozialismus und glauben nicht an seinen Willen zum Sozialismus. Aber denken wir doch marxistisch, denken wir doch an den entscheidenden Zwang der Verhältnisse und nicht an die guten oder schlechten Eigenschaften der Personen! Die Mehrheitssozialisten haben bis zur zwölften Stunde der revolutionären Aktion widerstrebt. In der zwölften Stunde mußten sie sich ihr anschließen. Warum? Weil die proletarischen Massen sie zwangen. Und nun stelle man sich eine proletarische Mehrheit in der Nationalversammlung vor, das Proletariat auf dem Höhepunkt der Macht! Ja, kann sich denn wirklich jemand einbilden, daß dann irgendein Arbeitervertreter es noch wagen könnte, sich seiner sozialistischen Pflichten zu entziehen? Könnte dann überhaupt solche Absicht noch kommen? Das hieße ja, daß diejenigen, die an der Macht sind, sich selbst der Macht berauben, ein von jedem Standpunkt sinn- und zweckloses Tun.

Schließlich darf eines nicht übersehen werden. Deutschland ist heute wehr- und waffenlos. Die Proklamierung der uneingeschränkten

ten Diktatur wäre aber nur das Signal für die Imperialisten der übrigen Welt, über das revolutionäre Deutschland herzufallen. Aber das Proletariat dieser Länder? Nun, in den westlichen Ländern ist die Demokratie so fest im Volksbewußtsein verankert, daß ein Abweichen von der demokratischen Methode auch von den Arbeitermassen nicht verstanden und nicht gebilligt würde. Die proletarische Gegenaktion, ohnedies erschwert in den Ländern der Sieger, würde geschwächt und gelähmt werden.

Die deutsche demokratische und sozialistische Revolution wird ihren Siegeszug über die Welt vollenden. Das durch Bürgerkrieg zerrissene Deutschland würde auch der Sache der Internationale schweren Schäden zufügen. Im Interesse der von außen ungestörten deutschen Entwicklung, im Interesse der internationalen sozialistischen Revolution müssen wir der Weg der Demokratie gehen.

Aber für die Nationalversammlung sein, heißt nicht, die Hände in den Schoß legen und die Dinge müßig abwarten. Im Gegenteil! Höchste Kräfteanstrengung muß jetzt die Parole sein. Die Diktatur des Proletariats und ihre Anwendung ist in dem Übergangsstadium höchste Notwendigkeit.

Sie muß gebraucht werden, um den Klassen zu zeigen, was Sozialisten wollen und was sie können. Wir fordern von unserer Regierung, daß sie mit aller Energie daran gehe, die Taten zu setzen, die das Proletariat überzeugen, daß es kein Zurück mehr gibt, sondern nur ein Vorwärts! Die Demokratie muß so verankert werden, daß eine Reaktion unmöglich wird, die Verwaltung darf nicht zum Tummelplatz konterrevolutionärer Bestrebungen dienen. Vor allem aber müssen wir beweisen, daß wir nicht nur Demokraten, sondern auch Sozialisten sind. Die Durchführung einer Reihe wichtiger sozialistischer Übergangsmaßnahmen ist ohne weiteres möglich; sie müssen vollzogen werden, damit auch hier Stellungen geschaffen werden, die jeden kapitalistischen Gegenangriff unannehmbar sind. Wir sind uns bewußt, daß solches Vorgehen auf sorgfältigem Plan aufgebaut sein muß und sind die letzten, die die Produktion in Unordnung bringen wollen. Aber diese Pläne sind mit aller Beschleunigung zu schaffen und ihre Durchführung duldet keinen Aufschub. Die Regierung muß ein demokratisches und sozialistisches Aktionsprogramm aufstellen, das Werbekraft besitzt und die Revolution fortführt. Unsere Taten müssen jetzt unsere Propaganda sein.

Geschieht dies und wird uns die notwendige Zeit gegeben, die Volksmassen aufzuklären über unsere Ziele, die falschen Vorstellungen zu zerstören und dem Volke zu zeigen, daß nur die sozialistische Gesellschaftsordnung die Wunden heilen kann, die der furchtbare Krieg geschlagen, dann ist uns um die Zukunft nicht bange, dann setzen wir in das deutsche revolutionäre Proletariat das Vertrauen, daß es durchführt, was die historische Stunde fordert, dann wird wahr, was stets unsere Hoffnung und unsere Zuversicht war.

Mit uns das Volk, mit uns der Sieg!

## Rundschau.

**Anton Pohl** †. Wieder wurde dem Verband ein langjähriger tüchtiger Vertrauensmann durch den Tod entrisen. Kollege Pohl, Steindruckere, war lange Jahre, zuletzt nur noch alleiniger Funktionär der Mitgliedschaft Straßburg. Dem Verband gehörte er seit 1893 an. Nun ist der unermeidliche Mitschlepper, erst 44 Jahre alt, uns für immer entrisen; am 28. Oktober starb er an den Folgen der Grippe nach fünfzigem Krankenlager. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

**Ein Buchdruckerrat.** Das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker hat mit Zustimmung des Tarifausschusses beschlossen, zur Regelung des Arbeitsverhältnisses einen besonderen Buchdruckerrat zu bilden, und zwar aus 5 Prinzipalen, 5 Gehilfen, 1 Hilfsarbeiter und aus den Mitgliedern des Tarifamts. Dem Buchdruckerrat gehören an Berufsangehörige aus Bayern, Brandenburg, Rheinland-Westfalen, Schlesien, den Thüringischen Staaten und Württemberg. Seine Beschlüsse haben für sämtliche Berufsangehörige verbindliche Kraft.

Für den Übergang zur Friedenswirtschaft werden u. a. folgende Beschlüsse gefaßt, die vom Tarifamt sofort in Kraft zu setzen sind. Die regelmäßige tägliche Arbeitszeit beträgt ausschließlich der Pausen acht Stunden. Möglichste Einführung von Schichtwechsel. Einstellung regelmäßiger Überarbeit. Zurückziehen der Lehrlinge aus der Nachtarbeit. Die bisherige Entlohnung bleibt auch bei der kürzeren Arbeitszeit bestehen. Berechnende Handwerker erhalten bei täglich achtstündiger Arbeitszeit einen Aufschlag von 10 Prozent auf den Tausendpreis, berechnende Maschinensetzer auf den Zehntausendpreis.

Während der Kriegszeit eingestellte Ersatzkräfte sind nach beendeter zweijähriger Tätigkeit im Berufe und bei ausschließlicher Beschäftigung mit Gehilfenarbeit wie Gehilfen zu entlohnen. Gelernte Gehilfen dürfen wegen Beschäftigung eingestellter Ersatzkräfte nicht arbeitslos bleiben, und auf Anwendung des Tarifamtes hat die Kündigung und Entlassung von Ersatzkräften zu erfolgen.

Von den militärfrei werdenden Gehilfen sind in jeder Druckerei in erster Linie die früher beschäftigten Gehilfen einzustellen. Die Vermittlung von Kriegsbeschäftigten, soweit dieselben noch im Beruf tätig sein können, erfolgt von jetzt ab durch unsere Arbeitsnachweise.

Für alle in diesen Beschlüssen besonders behandelten Angelegenheiten aus dem Arbeitsverhältnis gelten die Vorschriften des Deutschen Buchdruckerlois.

**Die Mode.** Als der Krieg ausbrach, da ließen sich unzählige bessere Damen als Rote-Kreuzschwestern anwerben und — photographieren. Die Tracht wurde zur Mode und hielt auch nur kurze Zeit an. Dann kamen die ersten Briefe aus dem Felde mit ihren zweifellos interessanten Erlebnissen und alle Tageszeitungen und Fachzeitungen brachten Feldpostbriefe, die schließlich in ihrer ewigen Wiederholung durch mehr als vier Jahre kein Mensch mehr las. Die Zeitungen brachten aber auch, namentlich aufgeführt, die glücklichen Gewinner der Eisernen Kreuze, deren Verleihung bekanntlich schon allein dadurch wertlos wurde, daß ihre Zahl in die Millionen ging. Wir haben uns an diesen und anderen Rummel nicht beteiligt. Wir werden auch davon Abstand nehmen diejenigen besonders zu erwähnen, die jetzt in der Zeit der Revolution als Mitglied eines Arbeiterrates oder in einem anderen Ehrenamt ihre selbstverständliche Pflicht und Schuldigkeit tun. Wir wissen sehr wohl, daß eine erhebliche Zahl unserer besten Kollegen noch stets im Vortreffen der sozialistischen Arbeiterbewegung gestanden hat, ja daß in beiden Sozialdemokratischen Parteien in den verschiedensten Städten unsere Kollegen geradezu die Führung hatten. Wir wissen genau, daß dies auch dann so bleiben wird, wenn wir unbeirrt um die Mode die namentliche oder besondere Aufführung dieser Pflichtfeigen unterlassen.

**Die Gefahr der Hungersnot** schilderte in drastischer Weise der Volksbeauftragte Rath (Unabhängig) am 21. November in einer Versammlung der Soldatenräte aller Berliner Truppen. Deutschland befindet sich in einer ungeheuer schwierigen Lage. Die Wirtschaft des gesürzten Systems habe uns an den Bankrott gebracht. Nach Angaben des Kriegsernährungsamts haben wir nach zwei Monaten kein Fett, nach drei Monaten kein Mehl und nach fünf Monaten keine Kartoffeln mehr. Wenn uns durch die Vorgänge in Polen die Zufuhr aus den Ostprovinzen abgeschnitten wird, werde die Lage noch schwieriger werden. Wenn die Revolution nicht gekommen wäre, dann würde Deutschland bis Neujahr völlig zusammengebrochen sein. Eine schwierige Frage sei jetzt, wie wir das Westheer über den Rhein bekommen, damit die Gegenmächte nicht wegen Nottürftung der Räumungsbedingungen den Waffenstillstand als aufgehoben erklären. Wenn dann das Heer ohne Ordnung zurückflutet, so würden furchtbare Folgen entstehen. Noch trostloser seien die Verhältnisse im Osten. Unseren Truppen werde der Durchzug durch Polen und Ungarn verhindert und im Rücken würden sie in kurzem von Ententeheeren bedroht. Wenn die Demobilisierungsarbeiten ohne Störung erledigt werden und den Zurückkehrenden Arbeit oder Arbeitslosenunterstützung verschafft sei, dann sei der Aufbau der sozialistischen Gesellschaft gesichert. Können wir das nicht, dann sehen wir den Zusammenbruch vor Augen.

**Notwendige Ausdehnung der Amnestie.** Zur Zeit schweben Erwägungen, die bereits erlassene Amnestie auch auf andere Vergehen, also nicht nur auf politische Vergehen auszudehnen, wenn in den Urteilen ausdrücklich anerkannt wird, daß dem Täter als Milderungsgrund eine durch die Kriegsverhältnisse verursachte Notlage zur Seite stehe.

**Gegen Steuerhinterziehung.** Der Staatssekretär des Reichsschatzamts, Herr Schiffer, gab einem Redakteur der Deutschen Allg. Ztg. nähere Aufschlüsse über das Finanzprogramm der neuen Regierung. Er führte aus, daß die Regierung die Rechte der Kriegsanleihebesitzer nicht antasten werde. Weiter wandte sich Herr Schiffer gegen die Geldhamsterei und sagte: Wenn jetzt noch Bargeld und Noten gehamstert werden, insbesondere von den Leuten, die Kriegsanleihestücke verkauft haben, um das Geld zu thesaurieren, so kann es sich meiner Überzeugung nach bei

dem Motiv dazu nur noch um Steuerdrückerei handeln. Ich erkläre Ihnen schon heute, daß ich gegen die Steuerhinterziehung in jeder Form mit der äußersten Schärfe vorgehen werde. Das Steuerfluchtgesetz, das die Verschlebung von Geldern und Effekten ins Ausland verhindern soll, war nur ein Anfang; ihm werden entsprechende Maßnahmen für das Inland folgen. Unser Volk hat ein Anrecht darauf, daß die Verteilung der finanziellen Lasten nach dem Prinzip der Gerechtigkeit ganz rücksichtslos und gleichgültig, ob es sich um hoch oder niedrig handelt, durchgeführt wird.

**Feige bis in den Tod.** Herr v. Tirpitz ist nach der Frankfurter Zeitung in die Schweiz geflüchtet. Ein anderer Vorkämpfer und Mitbegründer der Vaterlandspartei, Professor Dr. Hoche, Freiburg i. B. veröffentlichte eine Erklärung, in der es heißt: »Die Vaterlandspartei löst sich satzungsgemäß mit Friedensschluß auf. Die Tage ihres Bestehens sind somit gezählt. Schon vor drei Wochen hat der Reichsausschuß in Berlin beschlossen, die neue Regierung zu unterstützen. ... Es ist nicht zu befürchten, daß die Vaterlandspartei durch Kundgebung irgendwelcher Art die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung stören wird.« Auch die Vaterlandspartei hat nicht verstanden, rechtzeitig einen ehrlichen Tod zu suchen. Sie hat schmählich gelebt und ist feige gestorben.

**Die Revolution in der Schule.** In der Singakademie in Berlin sprach Sonntag den 17. November Generalsekretär J. Tews über die Einheitschule. Er gab der zuversichtlichen Erwartung Ausdruck, daß der neue Volksstaat die seit Jahrzehnten erstrebte Einheitschule schaffen werde. Gabe er nicht jeden Entwicklungsfähigen die Möglichkeit, die seinen Fähigkeiten entsprechende Bildung zu erlangen, würde der neue Volksstaat sich selbst untergraben. Das bisherige preußische Schulwesen sei ein treues Abbild der Machtverteilung im preußischen Staate gewesen. Nun aber sei es mit der Klassenherrschaft und den Vorrechten einzelner Schichten vorbei, und diese Revolution werde und müsse notwendigerweise auch in der Gliederung der Schule ihren Ausdruck finden.

**Über Lebensmittelpreise** im September 1918 berichtet das wirtschaftsstatistische Bureau von Rich. Calwer: »Die zunehmende Knappheit an Nahrungsmitteln führt im Schleißhandel zu Preisen, die für immer weitere Kreise unerschwinglich sind. Aber auch die Waren, die durch die öffentliche Bewirtschaftung zum Verkauf gelangen, werden teurer. Das ergibt sich deutlich an der Bewegung der Maßziffer für die wöchentlichen Ernährungskosten, wie sie auf Grund der dreifachen Friedensration eines deutschen Marinesoldaten berechnet werden. Für das Reich ergibt sich dabei im Durchschnitt ein Betrag von 60,84 Mk. pro Woche im Monat September. Das ist ein Mehr von 1,41 Mk. gegen August, ein Mehr von 2,73 Mk. gegen Juli, ein Mehr von 3,24 Mk. gegen Juni und ein solches von 3,54 Mk. gegen Mai. Die Steigerung hat von Monat zu Monat immer stärker zugenommen.«

## Ein Stück sozialer Revolution.

Wirtschaftlich unerfahrene Leute haben gefordert, die jetzige Regierung solle sofort darauf gehen, in der gleichen Weise wie die Durchführung der politischen Demokratie auch die Sozialisierung der Wirtschaft durch Dekrete herbeizuführen. Mindestens die industriellen Großbetriebe müßten sofort in den Besitz der Allgemeinheit überführt werden — die finanzielle Auseinandersetzung mit den bisherigen Eigentümern könne einstweilen verschoben werden. Diesen sozial-dilettantischen Bolschewisten tritt in der »Freiheit«, dem Berliner Organ der Unabhängigen, Karl Kautsky mit größter Schärfe und zwingenden Gründen entgegen.

»In Bausch und Bogen alles für nationalisiert erklären und dann hinterdrein drangehen, die Bedingungen dafür zu schaffen, heißt das Pferd beim Schwanz aufzäumen, heißt ein Übergangsstadium schaffen, in dem kapitalistische Produktion nicht mehr und sozialistische noch nicht möglich ist, ein Stadium, in dem eine rationelle Produktion überhaupt nicht möglich ist. Es heißt, vorübergehend die Produktion zum Stocken bringen. Eine solche Art Sozialismus gerade jetzt im Moment der Demobilisierung durchzuführen, oder auch nur fordern, hieße Deutschland in ein Tollhaus verwandeln.«

Läßt sich also auf diese Weise nicht sozialisieren, so muß gleichwohl die demokratische Revolution, die erfolgreich durchgeführt ist, notwendigerweise in eine soziale und sozialistische umschlagen, wenn daran, wie in unserem Falle, das Proletariat als ausschlaggebende Kraft beteiligt gewesen ist. Das Kabinett hat das auch vollkommen zutreffend erkannt und sofort eine Reihe sozialer Reformen verordnet. Dazu gehören die Aufhebung der Gesindeordnungen und der Ausnahmeesetze gegen die Landarbeiter und die Beseitigung des Hilfsdienstgesetzes, das allerdings für die jetzt angebrochene Zeit des Arbeitsmangels ohnedies keine wesentliche Bedeutung mehr gehabt hätte; ferner hat die Regierung alle während des Krieges außer Kraft gesetzten sozialen Schutzbestimmungen wieder in Kraft gesetzt und die unmittelbare Einführung des allgemeinen gesetzlichen Achtstundentages angekündigt.



Aber noch ehe dieses Gesetz über den Achtstundentag herausgekommen ist, haben ihn weit-eifriger mit der Regierung die Gewerkschaften durchgesetzt. Die Verhandlungen zwischen den Zentralverbänden und den maßgebenden Unter-nehmerorganisationen haben schon vor Ausbruch der Revolution begonnen gehabt. Jetzt liegt der Öffentlichkeit das vor, was die Gewerkschafts-führer ausgemacht haben, und man muß sagen, daß dieser Vertrag auf sozialem Gebiet eine eben-solche Umwälzung hervorbringt, wie sie die Re-volution auf politischem Gebiet hervorgebracht hat. Die Unternehmer und Unternehmerverbände erkennen unumschränkt die Koalitionsfreiheit und die Gewerkschaften als berufene Arbeitervertretung an, verzichten auf jede weitere Förderung der gelben Werkvereine, bekennen sich rückhaltlos zu Arbeiterausschüssen, Schiedsgerichten und Tarif-verträgen und führen im ganzen Bereich ihrer Verbreitung den allgemeinen Achtstundentag sofort durch. Der Achtstundentag! Schon den Zehn-stundentag hat Karl Marx als den Sieg eines Prinzips gefeiert. Um wieviel mehr trifft diese Kennzeichnung auf den Achtstundentag zu, für die Erfüllung der Forderung, für welche die Arbeiter-klasse an jenen 1. Mai demonstriert hat. Für die Gesundheit, die allgemeine soziale Hebung und die geistige Weiterbildung jedes einzelnen Arbeiters und der gesamten proletarischen Klasse ist die Erringung des Achtstundentages ein ungeheurer, garnicht hoch genug zu veranschlagender Fortschritt.

Die ganze Größe des Umschwungs, der nötig war, um zu dieser Vereinbarung zu gelangen, wird durch die Namen veranschaulicht, welche diese Magna carta der Arbeit unterschrieben haben. Die Anerkennung der Gewerkschaften und des Achtstundentages, des paritätischen Arbeitsnach-weises und der konstitutionellen Fabrik ist unter-zeichnet von Hugo Stinnes, von den Vertretern Krupps, vom Bergrat Hilliger für die ober-schlesischen Grubenherren, von der Firma Siemens, einer Hauptschützerin der Gelben, von Rathenau und Deutsch für die AEG usw. Anerkannt haben den Vertrag sämtliche Zehnerverbände, alle Organi-sationen der Metallindustriellen, die Textilbarone, die Schlossereien, Bäckereien und Steindruckereien, die Giftkönige der chemischen Industrie. Es dürfte schwerlich einen Betrieb in Deutschland geben, welcher sich dem moralischen Druck dieser Ver-einbarungen entziehen kann.

Die Reichsregierung hat durch ihre Mitunter-zeichnung des Vertrages seine hohe Bedeutung bekräftigt sie hat für seine weiteste Verbreitung im In- und Auslande gesorgt und die Leiter der Reichs-, Staats- und Gemeindebetriebe angewiesen, sich nach diesen Vertrag zu richten. Das geschlagene Deutschland kann nun auf die Friedenskonferenz auch mit einer Forderung treten, hinter der eine Macht steht: mit dem Verlangen nach internationaler Durchführung dieser Grundgesetze der Arbeiter-freiheit. Lassen sich diese Gewerkschaftsgedanken auch international ausbreiten, dann ist für raschen weiteren Fortschritt des sozialen Neubaus in Deutschland die Bahn frei. S. K.

### Erwerbslosenfürsorge.

Das neue »Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisierung« hat als erste seiner Maßnahmen die vom Reichsarbeitsamt ausgearbeitete Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge mit gesetzlicher Kraft erlassen. Wir wollen aus dem ziemlich umfangreichen Text, mit Rücksicht auf die Fülle der Probleme, die auf uns einstürmen, nur das aller-wichtigste bringen. Die Gemeinden sind verpflichtet, eine Fürsorge für Erwerbslose einzurichten, der sie nicht den Charakter der Armenpflege beilegen dürfen. Der Gemeinde werden von dem Gesamt-aufwande vom Reiche sechs Zwölftel, und von dem zuständigen Bundesstaat vier Zwölftel ersetzt, so daß sie noch zwei Zwölftel aus eigenen Mitteln auf-zubringen hat. Die Unterstützung muß an dem Wohnort des Erwerbslosen zur Auszahlung gelangen.

Freie Fahrt zur Reise in den früheren Wohnort, ebenso in den Beschäftigungsort, ist von der Gemeinde des letzten Wohnortes aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge zu bewilligen.

Die Fürsorge soll nur arbeitsfähigen und ar-beitswilligen über 14 Jahre alten Personen, die infolge des Krieges durch Erwerbslosigkeit sich in bedürftiger Lage befinden, gewährt werden. Eine bedürftige Lage ist vorbehaltlich der Be-stimmungen in §§ 11, 12 nur anzunehmen, wenn die Einnahmen des zu Unterstützenden einschließ-lich der Einnahmen der in seinem Haushalt lebenden Familienangehörigen infolge gänzlicher oder teil-weiser Erwerbslosigkeit derart zurückgegangen sind, daß er nicht mehr imstande ist, damit den notwendigen Lebensunterhalt zu bestreiten.

Weibliche Personen sind nur zu unterstützen, wenn sie auf Erwerbstätigkeit angewiesen sind. Personen, deren frühere Ernährer arbeitsfähig zurückkehren, erhalten keine Erwerbslosenfürsorge.

Wir übergangen die Bestimmungen über Ar-beitsnachweis und Pflicht zur Annahme geeigneter Arbeit, die unseren Kollegen bekannt und geläufig sind. Die Unterstützung muß mindestens den nach der Reichsversicherungsordnung festgesetzten Ortslohn erreichen und nach der Zahl der Familien-mitglieder erhöht werden; d. h. der verheiratete Erwerbslose muß eine höhere Unterstützung er-

halten als der ledige und für jedes Kind muß gleichfalls ein Zuschlag eintreten. Die Wartezeit darf höchstens eine Woche betragen. Für Kriegsteil-nehmer darf eine Wartezeit nicht festgesetzt werden.

Erreichen Arbeitnehmer infolge vorübergehen-der Einstellung oder Beschränkung der Arbeit in einer Kalenderwoche die in ihrer Arbeitsstätte ohne Überarbeit übliche Zahl von Arbeitsstunden nicht, so erhalten sie für die ausgefallenen Arbeits-stunden Erwerbslosenfürsorge, sofern siebzig von Hundert ihres regelmäßigen Arbeitsverdienstes den doppelten Unterstützungsbetrag im Falle gänz-licher Erwerbslosigkeit nicht erreichen. Der fehlende Betrag ist als Erwerbslosenfürsorge zu zahlen.

Kleinerer Besitz (Spargroschen, Wohnungsein-richtung) darf für die Beurteilung der Bedürftigkeit nicht in Betracht gezogen werden.

Unterstützungen, die der Erwerbslose auf Grund eigener oder fremder Vorsorge bezieht, sowie Rentenbezüge dürfen auf die von der Gemeinde oder dem Gemeindeverbande zu gewährende Bei-hilfe nur soweit angerechnet werden, als die Er-werbslosenfürsorge und sonstige Unter-stützungen und Rentenbezüge zusammen den vier-fachen Ortslohn übersteigen. Anzurechnen sind auch Zinsen von Spargroschen und dergleichen.

Für die Durchführung der Erwerbslosenfürsorge sind Fürsorgeausschüsse zu errichten, zu denen Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Zahl hinzugezogen werden müssen. Die Fürsorgeausschüsse entscheiden über Streitigkeiten in Angelegenheiten für Erwerbslosenfürsorge. Über Beschwerden entscheidet die Kommunalaufsichts-behörde endgültig.

Auf Antrag einer Arbeitnehmerorganisation ist die Auszahlung der Erwerbslosenfürsorge und die Kontrolle der Erwerbslosen der betreffen-den Organisation zu übertragen.

Wir geben im Anschluß und zur besseren Er-läuterung die Ausführungsbestimmungen wieder, die Groß-Berlin für sein Wirtschaftsgebiet erlassen hat. Danach wird Erwerbslosenfürsorge gewährt allen arbeitsfähigen und arbeitswilligen über 14 Jahre alte Personen, die infolge des Krieges durch Erwerbslosigkeit sich in bedürftiger Lage befinden und zur Bestreitung ihres notwendigen Lebensunterhalts auf Arbeit angewiesen sind. Vor-aussetzung zur Unterstützung ist, daß der Antrag-steller in Berlin seinen Wohnsitz hat.

Die Unterstützung wird nach einer Erwerbs-losigkeit von 6 Tagen gewährt, Kriegsteilnehmer haben diese Karenzzeit nicht zu erfüllen. Als Kriegsteilnehmer gilt nur, wer bei der Demobil-isation ordnungsgemäß entlassen ist. Die Höhe der Unterstützung beträgt für männliche Personen über 17 Jahre 4 Mk., im Alter zwischen 14 und 17 Jahren 3 Mk., für weibliche Personen über 17 Jahre 3 Mk., im Alter von 14 und 17 Jahren 2,50 Mk., für die Ehefrau, für jedes Kind unter 14 Jahren, sowie für sonstige Haushaltlebende Personen wird ein Zuschlag von 1 Mk. pro Arbeitstag gewährt.

Wir bemerken noch einmal, daß wir diese Berliner Regelung nur als Beispiel wiedergeben. Sicher ist mit der Erwerbslosenfürsorge nun doch der schlimmsten Sorge um Verdienst vorgebeugt. Hoffen wir, daß es auch der neuen Regierung gel-lingt, die Ernährungsorgen bald zu bannen.

### Die Vertreter der Vorstände der Gewerkschaften

nahmen am 14. November d. Js., d. h. einige Tage nach der Revolution, zu der neuen Gestaltung im Reiche und den sich daraus ergebenden wirtschaft-lichen und sozialpolitischen Notwendigkeiten Stellung. Legien teilte mit, die Gewerkschaften haben sich auf Wunsch der Parteilung von der unmittelbaren Beteiligung an der Umwälzung entfernt gehalten. Die Mitarbeit auf wirtschaftlichem Gebiete kann ihnen indes nicht vorenthalten werden, da die ge-waltigen Probleme, die zu lösen sind, ihre sach-verständige Mitwirkung erfordern. Der Redner berichtete dann eingehend über die Verhandlungen mit den Vertretern der Arbeitgeber-Verbände, was wir in der »Graph. Presse« bereits im Zusammen-hange wiedergegeben haben. — Es erfolgt dann Bericht und Aussprache über die Zurückführung der Truppen und die Demobilisation.

Die Beamtenverbände der Eisenbahnen sollen erst dann zur Generalkommission zugelassen werden, wenn zwischen den verschiedensten Verbänden mindestens ein kariellverhältnis zustande gekom-men sei. Leipzig gibt Auskunft über die Durch-führung des Vertrages mit den Arbeitgebern. Der Achtstundentag solle mit dem Tage der Unter-zeichnung sofort in ganz Deutschland in Kraft treten. Wo eine Weigerung seitens der Arbeitgeber erfolge, da müsse die Gewerkschaft die Anerkennung er-zwingen. Beim Friedensvertrage müsse die Re-gierung auf eine internationale Anerkennung des Achtstundentages dringen. Nach längerer Aussprache, auch über eine später abzuschließende Arbeits-gemeinschaft, wird der Vereinbarung einstimmig zuge-stimmt. Ein Antrag, das Verbot der gewerblichen Stellenvermittlung zu fordern, wird einstimmig an-genommen.

Über die Stellung der Gewerkschaften in der Revolution wurde allgemein die Notwendigkeit betont, daß sich die Gewerkschaftsfunktionäre überall den Arbeiter- und Soldatenräten zur Verfügung

stellen, um die gewaltigen Aufgaben auf wirtschaft-lichem Gebiete zu lösen. Die Sachkenntnis und Fähigkeit gewerkschaftlich geschulter Kräfte werden den Arbeiter- und Soldatenräten gleichfalls will-kommen sein. Auch müssen die Ortsverwaltungen der Gewerkschaften sich mehr an den Arbeiten der revolutionären Einrichtungen des Volkes be-teiligen. Nach gründlicher Aussprache wurde fol-gende Entscheidung einstimmig angenommen:

»Die Konferenz der Vorstände der deutschen Gewerkschaften begrüßt im Namen von über zwei Millionen organisierter Arbeiter Deutschlands den Sieg der politischen Freiheit.

Aus dem freien Deutschland heraus erheben wir laut unsere Stimme gegen die unglücklich harten und geradezu unmöglichen Waffenstillstandsbedin-gungen, die von den alliierten Mächten dem deut-schen Volke auferlegt worden sind.

Als eifrige und überzeugte Anhänger der inter-nationalen Solidarität, die wir seit Jahrzehnten und auch in den Jahren des Weltkrieges vertreten haben, wollen wir selbst heute noch an dem Glauben festhalten, daß unsere Arbeitsbrüder in Frankreich, England und den übrigen alliierten Ländern es nicht zulassen werden, daß durch Aufrechterhaltung dieser harten Bedingungen gerade die ärmere Bevölkerung Deutschlands, nämlich die Arbeiter-schaft, dem größten Elend und dem direkten Hungertode überliefert werden.

An der weiteren Entwicklung der innerpolitischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands werden die Gewerkschaften nach Maßgabe ihrer Kräfte mitarbeiten. In der Erkenntnis, die Allge-meinung der politisch und gewerkschaftlich organi-sierten deutschen Arbeiterschaft war und ist, daß die politischen Freiheiten von dem Stande der wirtschaftlichen Verhältnisse abhängig sind, spricht die Konferenz aus, daß die wirtschaftliche Inter-essenvertretung der Arbeiterschaft hinter dem politischen Forderungen nicht zurückgestellt werden darf. Die Tätigkeit der Gewerkschaften ist also auch in dieser Zeit von allen Mitgliedern mit ganzer Kraft fortzusetzen.

Die Übereinstimmung der Auffassungen über die wirtschaftlichen Notwendigkeiten, die bisher zwischen den Gewerkschaften und der sozialdemo-kratischen Partei Deutschlands geherrscht hat, be-rechtigt die Gewerkschaften zu der Erwartung, daß die Parteiführer jetzt und in Zukunft bereit sein werden, die Kenntnisse und Erfahrungen in wirt-schaftlichen Fragen der in den Gewerkschaften tätigen Personen zu benutzen. Wir rufen alle Gewerkschaftsfunktionäre auf, ihre Hilfe an allen Orten zur Verfügung zu stellen.

Unsere Arbeitsbrüder im Waffenrock, denen das größte Verdienst an der glücklichen Durchführung der freiheitlichen politischen Umwälzungen gebührt, sprechen wir aufrichtigen Dank aus, zugleich auch für ihr entschlossenes Eintreten für die Einigkeit der Arbeiterklasse. Auch die Gewerkschaften hoffen und vertrauen darauf, daß die Parteiloyalität in der Arbeiterschaft begraben werden.

In dem Beschluß der Volksregierung, eine Nationalversammlung auf breiter demokratischer Grundlage einzuberufen, erblicken wir die Gewähr dafür, daß die bisherigen Errungenschaften der Revolution dauernd gesichert und bei Aufrechterhaltung der Einigkeit der deut-schen Arbeiterschaft auch noch weiter ausgebaut und vervollkommen werden.

Die Demobilisierung des Heeres und die Wieder-aufrichtung des heimischen Wirtschaftslebens er-fordern die Zusammenfassung aller Volkskräfte zu gemeinsamem Wirken. Auf die Mitarbeit der Mitglieder der Gewerkschaften muß hierbei in erster Linie gerechnet werden. Vor allem müssen die Gewerkschaften in den vom Feind besetzten Lan-desteilen eine Fucht der Bevölkerung, die die De-mobilisierung erschweren und die allgemeine Not-lage bedrohlich steigern würden, nach Kräften ent-gegenwirken.

Die Gewerkschaften erwarten von der Volksre-gierung auf das Dringendste, daß sie ungesäumt und fortwährend alles Notwendige unternimmt, um die allgemeine Volksernährung zu sichern und dem Lebensmittelwucher energisch zu steuern.

Die deutschen Gewerkschaften erneuern ihre bereits von der früheren Reichsleitung anerkannten Forderungen auf Übernahme gewerkschaftlicher Arbeiterschutzbestimmungen in die Friedensverträge und auf Zulassung von Gewerkschaftsvertretern zur bevorstehenden Friedenskonferenz. Sie er-warten von der Volksregierung, daß sie diese Forderungen bei den kommenden Friedensver-handlungen Geltung verschafft.

Weiter berichtete Legien, daß bereits Schritte zur Einberufung einer Internationalen Gewerk-schaftskonferenz getan seien, die zu gleicher Zeit und am gleichen Ort der Friedensverhandlungen vor-gesehen sei. Als Tagesordnung ist vorgeschlagen: 1. Neues Statut des Internationalen Gewerkschafts-bundes, 2. Sitzverlegung des Internationalen Sek-retariats, 3. Die Friedensforderungen der Gewerk-schaften, 4. Wahl einer Kommission von Gewerk-schaftsvertretern zur Teilnahme an den Friedens-verhandlungen. Die Konferenz stimmte der Ein-berufung einer Internationalen Gewerkschaftskon-ferenz zu und war auch mit der vorgeschlagenen Tagesordnung einverstanden. Die deutsche Dele-gation wird auf 10 Vertreter bestimmt.

# Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

## Der achtstündige Arbeitstag.

Am 15. November wurde der Vertrag unterzeichnet, der von allen maßgebenden Unternehmerverbänden mit der Generalkommission der Gewerkschaften abgeschlossen wurde. Auch die Reichsregierung hat die Reichsbetriebe angewiesen, ihn zur Durchführung zu bringen. So soll nunmehr von diesem Tage an das Höchstmaß der täglichen Arbeitszeit für alle Betriebe nur acht Stunden betragen, ohne daß deswegen eine Verdienstverkürzung eintreten darf.

Es wird nun die Aufgabe unserer Kollegen sein, soweit sie noch einen längeren Arbeitstag haben, sofort energische Schritte zur Durchsetzung dieses Zugeständnisses zu unternehmen. Das wird in der Hauptsache bei unsern Steindruckerkollegen der Fall sein. Zu beachten ist auch, daß keineswegs bestehende kürzere Arbeitszeiten verlängert werden dürfen. Wenn z. B. in verschiedenen Druckorten oder Firmen der frühe Samstag-Nachmittag üblich ist, so wird es Pflicht der Kollegen sein, diese Vergünstigung sich nach Möglichkeit zu erhalten. Aber nicht in der so beliebten Form durch Verlängerung der täglichen Arbeitszeit; das ist ja nach der Vereinbarung unzulässig, denn dann würden wieder täglich mehr als acht Arbeitsstunden herauskommen. Will man also nicht auf die bisherige Vergünstigung des freien Samstag-Nachmittag verzichten, dann gibt es nur die Anerkennung durch den Arbeitgeber.

Dringend warnen möchten wir aber vor Auslegungen, die Wege von und zur Arbeitsstätte und die Pausen in die Arbeitszeit einrechnen wollen. Wo gibt es da eine Grenze? Eine vierstündige und noch kürzere Arbeitszeit bliebe nur noch übrig. Derjenige hätte den größten Vorteil, der am weitesten von seiner Arbeitsstelle entfernt wohnt. Wahrscheinlich könnten wir einstillen, wenn wir blindlings fordern, beinahe alles durchsetzen. Ob wir aber damit uns und unsern Interessen dienen, ist sehr zu bezweifeln. Sicher ist, daß wir in Deutschland die Verbesserung der Arbeitsbedingungen nicht ins Uferlose treiben können, wenn die Kollegen der anderen, bisher feindlichen Staaten dem nicht nachfolgen. Davon ist bisher aber auch rein garnichts zu erkennen. Andererseits braucht doch gerade unser Gewerbe die Ausfuhr, wollen wir wieder konkurrenzfähig sein.

Die tägliche Arbeitsleistung des Menschen hat eine natürliche Grenze, die durch keine noch so lange Arbeitszeit überschritten werden kann, höchstens ins Gegenteil verkehrt wird. Darum sprachen wir mit Recht davon, der Arbeiter leistet in acht Stunden eher mehr, häufig tatsächlich mehr als in 10 Stunden. Damit ist aber noch lange nicht bewiesen, daß er nun auch in 6 oder gar 5 Stunden mehr leistet als in 10 Stunden. Wir wollen und dürfen aber nicht die Leistungsfähigkeit des Gewerbes herabdrücken, wollen wir nicht unser Gewerbe gänzlich zugrunde richten. Denn damit würden wir uns ja doch letzten Endes nur selber prügeln. Den Unternehmern nehmen wir den Mut die Betriebe weiter zu führen; noch größere Arbeitslosigkeit, als am sich schon droht, wäre die unausbleibliche Folge und in wenigen Monaten, vielleicht schon Wochen, zwingen uns die verzweifelten Arbeitslosen, alles wieder fallen zu lassen, was wir gefordert haben.

Wir haben jetzt im ganzen Gewerbe die Möglichkeit der Verständigung mit den Unternehmern. Nutzen wir diese Möglichkeit aus, nach der wir uns fast 17 Jahre lang gesehnt, um die wir erbittert gekämpft haben und die wir jubeln hätten, wenn sie uns im Frieden zugetallen wäre. Verfallen wir nun, wo wir die Macht haben, nicht in denselben Machtkitzel, den wir unzählige Male mit Recht dem Schutzverband zum Vorwurf gemacht haben. Kriti-

sieren ist leicht, besser machen schwer. Zeigen wir, daß wir in rund dreißigjähriger Organisationsarbeit gelernt haben, es besser zu machen!

# Die Tapetenbranche.

## Aufruf an alle Formstecher Deutschlands.

Werte Kollegen!

Schneller wie wir es uns alle gedacht haben, hat der Weltkrieg mit all seinem Morden sein Ende gefunden. Mit fester Hand hat das Proletariat in Deutschland einen Strich unter all das bisher Gewesene gezogen und neues Leben beginnt überall aus den Ruinen zu sprießen.

Allen Kollegen ist es bekannt, daß mit Ausbruch des Krieges die Lage in unserem Berufe eine geradezu trostlose wurde. Die meisten der Stechereien wurden sofort geschlossen und auch während der überlangen Dauer des Krieges hat sich an diesem Zustand nur sehr wenig geändert, daher wurden die meisten Kollegen, die von der Einberufung zum Heeresdienste verschont blieben, gezwungen, sich in anderen Berufen Lohn und Erwerb zu suchen und hierzu bot ja die allorts mit Hochdruck arbeitende Kriegsindustrie die beste Gelegenheit.

Das alles hat sich nun mit einem Schlage geändert. Die Produktion für den Kriegsbedarf hat aufgehört und daher wird auch bei unseren Kollegen das Bestreben vorhanden sein, wenn möglich wieder in ihrem alten Berufe lohnende Beschäftigung zu erhalten. Das gleiche Bestreben wird auch bei den aus dem Felde heimkehrenden Kollegen vorhanden sein, auch für diese Kollegen ist es eine dringende Notwendigkeit, so schnell wie möglich Stellung zu erhalten, denn zum langen Feiern sind die momentanen Zeiten mit ihren überaus teuren Lebensbedingungen nicht angetan.

Wir erachten es daher für unsere vornehmste Pflicht, alles zu tun, um unsern Kollegen die Rückkehr zu ihrem Berufe so leicht wie möglich zu machen und dafür zu sorgen, daß möglichst ein jeder seinen alten Platz mit Lust, Liebe und Arbeitsfreudigkeit wieder ausfüllen kann. Vorbedingung ist jedoch, daß mit den alten Arbeits- und den überaus traurigen Existenzbedingungen in unserem Berufe aufgeräumt wird; denn für solche beschämenden Verhältnisse, wie sie vor dem Kriege in unserem Berufe bestanden haben, kann im neuen Deutschland kein Platz mehr sein. Wir haben daher sofort versucht mit unseren Unternehmern Fühlung zu gewinnen und mit diesen die momentane Lage, Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten usw. zu beraten.

Wir richten nun aber unsererseits an die Kollegen die Bitte: in allen Orten dafür zu sorgen, daß auch der letzte Kollege wieder für unseren Verband gewonnen wird. Es ist dringend notwendig, überall die Kollegen zu Besprechungen einzuladen, aus ihrer Mitte einen Vertrauensmann zu wählen und dessen Adresse dann dem Unterzeichneten mitzuteilen. Von dem aus wird dann alles weitere veranlaßt werden.

Kollegen! Es gilt jetzt eure und eurer Familien allerwertigsten Lebensinteressen zu vertreten. Zeigt, daß ihr den neuen Geist, der durch Deutschland weht, recht begriffen habt und danach zu handeln wißt.

Mit kollegialem Gruß

Die Zentralkommission der Formstecher Deutschlands.

L. A.: C. Schubart,

Bin.-Lichtenberg, Rittergutstr. 24.

# Graphische Technik.

## Das Tauschieren und Ätzen der Metalle.

H. Werner von Falkenstein und A. Schweikardt. Verlag u. Druck v. Konrad Müller, Schkeuditz-Leipzig. Preis 1,50 Mk.

Das kleine, soeben erschienene Werk behandelt eine uralte Kunst und will zeigen wie man sie durch Zusammenarbeit der graphischen Gewerbe mit den einschlägigen Metallgewerben und durch Ausnützung der modernen Technik neu beleben und gewinnreich gestalten kann.

Schon vor 5000 bis 6000 Jahren war im alten Ägypten und in Babylonien, wie wir an den Ausgrabungen jener alten Kulturstätten erkennen können, die Kunst bekannt, Metalle zu gravieren oder zu ätzen und mit andersfarbigen einzulegen und so feine künstlerische Ornamente oder Darstellungen aus der Geschichte oder Kultur jener Zeiten zu schaffen. Auch in China, Japan und Indien ist diese Kunst, die man als Tauschia bezeichnet, schon in uralter Zeit bekannt gewesen; und es bestehen Zweifel, in welchem der genannten Länder sie zuerst ausgeübt worden ist. Im Mittelalter ging sie fast ganz verloren, und erst im Zeitalter der Renaissance, der Blütenperiode aller Künste, nahm sie wieder einen größeren Aufschwung, um aber bald wieder zu verschwinden. Erst in den letzten Jahrzehnten tauchte sie wieder auf, um unter Zuhilfenahme moderner Technik ausgeübt zu werden.

Im allgemeinen ist in den Kreisen der Graphiker diese Kunst, die man jetzt als chemische Gravur bezeichnet, wenig bekannt. Sie ist auch nicht weit verbreitet; meines Wissens beschäftigen sich in Deutschland nur wenige Firmen mit der Herstellung derartiger Arbeiten. Auch die Literatur darüber dürfte nicht sehr reich sein. Deshalb ist es ein Verdienst der Verfasser, in dem kleinen Werk eine eingehende Beschreibung dieses wenig bekannten Verfahrens zu geben. Es ist eine erstaunliche Fülle, die hier auf etwa 60 Seiten geboten wird.

Etwas mehr Klarheit wäre allerdings manchmal am Platze gewesen, z. B. der Beschreibung der Druckpressen, die ganz fehlt und bei der der Bädereinrichtung. Man muß sich dabei vor Augen führen, daß es meist Unkundige sind, an die das Werkchen sich richtet. — Auch hätten die bei einzelnen Rezepten angegebenen chemischen Formeln weggelassen werden können, da sie dem Praktiker entbehrlieh sind. In allen Fällen hätte man für das gleiche Ding den gleichen Namen wählen sollen und nicht, wie ich es in zwei aufeinander folgenden und dem gleichen Zweck dienenden Rezepten fand, einmal Kochsalz und das andere mal Chloratrium zu sagen. Das führt bei Ungeübten zu Irrungen, ebenso die Angabe, Aluminium würde für Flachdruckzwecke mit Salpeter- oder Salzsäure geätzt; hierzu ist bekanntlich ausschließlich Phosphorsäure geeignet. — Ein Bezugsquellenverzeichnis für die Chemikalien wäre auch wünschenswert gewesen.

Diese kleinen Mängel tun aber dem Werte des Werkchens keinen nennenswerten Abbruch. Die Herren Verfasser werden die Kritik nicht übel deuten, sondern wohl davon Notiz nehmen und bei einem Neudruck die Mängel beseitigen.

Wir können unseren Kollegen aller Sparten die Anschaffung des Werkchens sehr empfehlen, namentlich nach dem Kriege, wo Vielseitigkeit und gründliche Kenntnis aller im Gewerbe möglichen Verfahren den Weg zu lohnendem Erwerbe mehr denn je ebenen wird. Erwähnen möchten wir noch, daß Druck und Papier nichts mit den mit Recht so gefürchteten Kriegsdrucken gemein haben.

A. B.

<b>Stellenangebote</b>	<b>Verschiedenes</b>
<p>Erstklassige <b>Maschinenretuschere und Autoätzer</b> sucht sofort August Krämer, Kunstanstalt für Klischeefabrikation, Stuttgart.</p>	<p><b>Graphische Fachklassen</b> Entwurf und Werkstatt-Ausbildung Auskünfte durch die Kunstgewerbeschule <b>Barmen</b></p>

An der hiesigen Handwerker- und Kunstgewerbeschule ist eine

## Werkmeisterstelle

durch einen möglichst vielseitig ausgebildeten und praktisch erfahrenen

### PHOTO-CHEMIGRAPHEN

zu besetzen. Geeignete Bewerber wollen Fragebogen einfordern von der Direktion:  
Breslau 8, Klosterstraße 17-19.

## Der praktische Umdrucker.

Von Bernhard Enders. Inkl. Porto 90 Pf. Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig.

## Schnell-Trockenmittel „Extrakt“

patentamtlich geschützt. **„Betromit“** patentamtlich geschützt.

ein kleiner Zusatz von 1-4 Prozent genügt, um Druckfarben in etwa 2 Stunden zum Trocknen zu bringen. „Betromit“ bildet selbst bei langsamstem Verbrauch keine Haut, trocknet nicht ein, daher kein Verlust, ist sehr sparsam im Gebrauch. Von ersten Firmen glänzend beurteilt und regelmäßig nachbestellt. Großer Versand nach In- und Ausland. Viele Anerkennungs schreiben liegen vor. Per Kilo Mark 12,50.

**H. Schnuhr, Hamburg 22, Richardstr. 49, Fabrik chem.-techn. Druckpräparate.**

## Schnuhr's flüssiges Steingummi

bietet vollen Ersatz für echtes Gummi arabicum, zum Präparieren von Lithographie-Steinen, Zink- und Aluminium-Platten Anwendung und Wirkung ohne Unterschied gegenüber Naturgummi. Die Ware ist ausprobiert gut, wofür Zeugnisse zu Diensten stehen. Per Kilo Mark 7,50.

**H. Schnuhr, Hamburg 22, Richardstraße 49, Fabrik chemisch-technischer Druckpräparate.**